

Vertraulich !

Kabinettsprotokoll Nr. 42
vom 17. Februar 1919.

Anwesend sämtliche Staatssekretäre, ausgenommen Dr. M a t a y a, M a y e r, P a c h e r und Ing. Z e r d i k, ferner die Unterstaatssekretäre M a r c k h l und R i e d l.

Zugezogen zu Punkt 2:

Vom Staatsamt der Finanzen Ministerialrat Dr. Ritter von T h a a und Hofrat Dr. S c h w a r z w a l d.

Vorsitz: Staatskanzler Dr. R e n n e r.

Dauer: 17.00 – 17.30.

Reinschrift (2 Seiten), Konzept

*Streng vertraulicher Anhang des KRP betr. Währungspolitik, insbesondere der von Staatskanzler Renner unterstützte Antrag des Staatssekretärs des Äußeren, schleunigst den Übergang zur deutschen Markwährung durchzuführen
Konzept des streng vertraulichen Anhanges*

Inhalt:

1. Entsendung eines englischen Offiziers nach Eckartsau durch die englische Regierung.
2. Währungspolitik.

1.

Entsendung eines englischen Offiziers nach Eckartsau durch die englische Regierung.

Staatssekretär Dr. B a u e r teilt mit, dass er ein Schreiben des Oberstleutnants C u n n i n g h a m erhalten habe wonach, die englische Regierung die Absicht habe, einen Offizier der in Wien befindlichen englischen Mission nach Eckartsau zum Schutze des Kaisers zu entsenden. Er beabsichtige dieses Schreiben dahin zu beantworten, dass keine Notwendigkeit für eine solche Maßnahme bestehe, da einerseits keinerlei Anschläge zu

42 – 1919-02-17

befürchten seien und die deutschösterreichische Regierung im Bedarfsfalle selbst in der Lage wäre, dem Kaiser den erforderlichen Schutz angedeihen zu lassen. Auch beabsichtige er das Bedauern über dieses Zeichen des Misstrauens auszusprechen.

Der Vorsitzende spricht sich dafür aus, das oberwähnte Schreiben vorläufig nicht zu beantworten und diese Angelegenheit als politisch weittragend dem Staatsratsdirektorium vorzutragen. Eventuell wäre der englischen Regierung anheimzustellen, dem Kaiser die Gastfreundschaft auf englischem Territorium zu gewähren.

Staatssekretär Dr. B a u e r bemerkt, dass es unter Umständen zweckmäßiger erscheine, die Angelegenheit nicht auf schriftlichem Wege sondern in Form einer mündlichen Aussprache mit Oberstleutnant C u n n i n g h a m zur Austragung zu bringen.

Der Kabinettsrat beschließt, dass Staatssekretär Dr. Bauer im Vereine mit dem Vorsitzenden die Angelegenheit dem Staatsratsdirektorium vortrage.

2.

Währungspolitik.

Die Beschlüsse über die mit der Währungspolitik im Zusammenhange stehenden Fragen wurden als streng vertraulich erklärt; das Geheimprotokoll über diese Verhandlung erliegt in einer Ausfertigung in der Staatskanzlei.

Streng vertraulicher Anhang zum Kabinettsprotokoll Nr. 42 vom 17. Februar 1919.

Gegenstand: Währungspolitik

Staatssekretär Dr. S t e i n w e n d e r führt aus, es stehe außer jedem Zweifel, dass unsere künftige Währung die Markwährung sein werde.

Es dürfe jedoch nicht außer Acht gelassen werden, dass sich die Festsetzung einer bestimmten Relation zwischen der Krone und Mark im gegenwärtigen Augenblick mit Rücksicht auf den schlechten Stand unserer Valuta nicht empfehlen würde. Da die hiebei in betracht kommenden Interessen der verschiedenen Erwerbszweige wesentlich voneinander differieren, so halte Redner es für erforderlich, dass vorher noch eine Rücksprache mit den interessierten Kreisen

42 – 1919-02-17

gepflogen und daher bei den bevorstehenden Verhandlungen mit Berlin eine lediglich informative Taktik eingehalten werde, um zunächst die Ansichten der maßgebenden deutschen Faktoren kennen zu lernen.

Staatssekretär Dr. B a u e r vermag dieser Anschauung nicht beizupflichten, sondern hält vielmehr dafür, dass unsere Interessen ein schnelles Handeln erfordern, weil jeder spätere Zeitpunkt für uns ungünstiger sein werde, und zwar aus politischen als auch aus wirtschaftlichen Gründen.

In Deutschland bilde das Bestreben nach Vereinigung aller deutschen Stammesgenossen ein Gefühlsmoment, welches einen starken Impuls auf die Anschlussidee ausübe. Deutschland werde daher gegenwärtig eher geneigt sein, uns wirtschaftlich zu helfen, um auch auf unserer Seite den Anschluss politisch zu machen. Ist der Anschluss bereits vollzogen, dann würden wir von Deutschland weit schwerer Zugeständnisse erlangen. Nach seinen Informationen werde sich übrigens der Anschlußgedanke auch in England und Amerika bald durchgesetzt haben.

Auch aus rein wirtschaftlichen Gründen halte Redner ein Hinausschieben für ungünstig, da er überzeugt sei, dass der Kronenkurs noch erheblich sinken werde. Es wäre daher sofort zur Markwährung überzugehen und schon zur Zeit der Abstempelung unserer Kronen die Festsetzung einer bestimmten Relation zwischen Krone und Mark anzustreben, sodass es zu einer selbständigen Kursbildung der d. ö. Krone gar nicht mehr kommen könne.

Der Vorsitzende schließt sich den Ausführungen des Staatssekretärs Bauer an, indem er darauf hinweist, dass die Kronenwährung in der nächsten Zeit mancherlei Fährlichkeiten ausgesetzt sein werde und ein vollständiger Zusammenbruch unserer Währung zu befürchten sei. Dazu komme noch, dass bei einer Verzögerung die Gefahr eines Einzelanschlusses der Länder nicht von der Hand zu weisen sei.

Staatssekretär U r b a n und Unterstaatssekretär R i e d l sprechen sich aus wirtschaftlichen Erwägungen gleichfalls für den sofortigen Übergang zur Markwährung aus.

Ministerialrat Dr. Ritter von T h a a und Hofrat Dr. S c h w a r z w a l d weisen auf die mannigfachen Schwierigkeiten hin, die sich beim Übergang von der Kronen- zur Markwährung ergeben werden, und heben insbesondere hervor, dass ihrer Ansicht nach die deutsche Reichsbank mit Rücksicht auf die Ungeklärtheit unserer finanziellen Lage, speziell gegenüber den anderen Nationalstaaten, kaum geneigt sein dürfte, der deutschen Regierung die ziffernmäßige Festsetzung einer Relation zwischen Mark und Krone im gegenwärtigen Zeitpunkte vorzuschlagen.

Demgegenüber vertritt Staatssekretär Dr. B a u e r den Standpunkt, dass die nationalen und politischen Momente der Frage für Deutschland so überwiegend seien, dass die

42 – 1919-02-17

wirtschaftlichen Erwägungen dort mehr in den Hintergrund treten würden und es daher nicht als ausgeschlossen bezeichnet werden könne, dass Deutschland gewisse Opfer in finanzieller Hinsicht übernehmen werde. Was die vom Staatssekretär Dr. S t e i n w e n d e r angeregte Abhaltung einer Enquête anbelange, so glaube er, dass es im gegenwärtigen Augenblick gefährlich wäre, sich auf eine solche Umfrage bei den Interessenten einzulassen.

Seiner Ansicht nach werde es allerdings notwendig sein, nach den Berliner Verhandlungen eine Enquête einzuberufen, die sich aber lediglich mit der technischen Durchführung des Überganges zu befassen haben werde.

Er stelle daher den Antrag, den mit der Führung der währungspolitischen Verhandlungen mit Deutschland betrauten Unterhändlern folgende Instruktion zu geben:

„Anzustreben ist der schleunigste Übergang zur Markwährung in der Weise, dass die abgestempelte deutschösterreichische Krone in eine feste Relation zur Mark gesetzt wird, wobei ein Kartellverhältnis zwischen der deutschen Reichsbank und der österreichischen – ungarischen Bank, soweit sie d. ö. Noteninstitut wird, sicherstellen müßte, dass das Kreditbedürfnis sowohl des d. ö. Staates als auch der d. ö. Volkswirtschaft in dem erforderlichen Maße befriedigt werden kann.

Hiebei ist eine Umtauschrelation von wenigstens 1:2 anzustreben.“

Im Anschlusse daran stellt Unterstaatssekretär R i e d l mit Rücksicht auf die obschwebenden währungspolitischen Verhandlungen mit Ungarn den Antrag, die Unterhändler mit dem ungarischen Finanzministerium seien zu beauftragen, solche Vereinbarungen unbedingt zu vermeiden, die geeignet sind, die Absperrungsmaßnahmen während der Zeit des Überganges zur selbstständigen d. ö. Krone unwirksam zu gestalten oder dem Übergange zur Markwährung zu präjudizieren.

Nach einem zusammenfassenden Schlußworte des Vorsitzenden erhebt der Kabinettsrat die Anträge des Staatssekretärs Dr. B a u e r und des Unterstaatssekretärs Riedl einstimmig zum Beschluss.

Die abgeführte Verhandlung wird für streng geheim erklärt.